

Vorlage Nr. 101.17.1234

19. Februar 2014

1 von 1

Anhörung zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen

Geänderter Antrag vom 20. März 2014

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt zeitnah eine öffentliche Anhörung zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen durchzuführen.

Dazu soll eine Vertreter*in der Stadt Darmstadt, **eine Vertreter*in des Referats Flucht und Asyl der Diakonie Hessen** und eine Vertreter*in des Hessischen Flüchtlingsrats eingeladen werden.

Begründung:

Die Stadt Darmstadt bringt alle Flüchtlinge dezentral in Wohnungen unter. Sie kann ihr Wissen, wie im ausreichenden Umfang entsprechende Wohnungen beschafft werden können, darstellen. Die Erfahrungen in der dezentralen Unterstützung der Flüchtlinge bei der Teilhabe an der Gesellschaft können ebenfalls direkt vermittelt werden.

Mit den Informationen aus Darmstadt können die Prozesse und die Organisation in der Stadtverwaltung so geändert werden, dass die mit vielen Vorteilen verbundene dezentrale Unterbringung in Wohnungen in Kassel stärker zur Umsetzung kommt.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Norbert Domes
Fraktionsvorsitzender

Nachrichtlich:

Antrag vom 19. Februar 2014

Der Magistrat wird beauftragt zeitnah eine öffentliche Anhörung zur Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen durchzuführen.

Dazu soll eine Vertreter*in der Stadt Darmstadt und eine Vertreter*in des Hessischen Flüchtlingsrats eingeladen werden.